

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 6

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

jeden Fall, in jedem Verfahrensstadium an sich reissen (Art. 38). Gegen Entscheide der oberen Gerichte aber gibt es keine Berufungsmöglichkeit.

Vor der zweiten Instanz wird der Angeklagte nur ausnahmsweise vorgeladen (Art. 377). Diese kann das Urteil abändern oder die ganze Angelegenheit zur erneuten Behandlung an die erste Instanz zurückweisen.

Staatliche Revisionen nach Belieben

Eine politische Lageänderung kann in der Sowjetunion (und im ganzen Ostblock) einen vor Jahren Verurteilten in der gleichen Sache und ohne Vorliegen neuer Tatbestände zum Helden erheben. Sie kann aber auch, und Tausende mussten es mit dem Leben bezahlen, einen gerichtlich Freigesprochenen ebenfalls nach Jahren und ebenfalls ohne Bekanntwerden irgend-einer neuen Tatsache verurteilen.

Bei uns kann nach dem alten Grundsatz «ne bis in idem» ein nach Ablauf der Appellationsfristen rechtskräftig gewordenen Urteil nicht umgestürzt werden, ohne dass neue Tatsachen zur Kenntnis des Gerichtes gelangen. Dieses Prinzip aber anerkennt die sowjetische und die übrige kommunistische Justiz nicht.

In der sowjetischen Justiz gibt es sowohl das Ausserkraftsetzen eines rechtskräftigen Urteils auf Grund einer ausserordentlichen Revision, die ausschliesslich vom Staat eingeleitet werden kann, als auch die Wiederholung eines Gerichtsverfahrens, die theoretisch sowohl vom Staatsanwalt als auch vom Verurteilten beantragt werden kann. Ueber die ausserordentliche Revision wegen Verletzung der Gesetzlichkeit wird im Obersten Gericht entschieden, wo die Teilnahme des Staatsanwaltes obligatorisch, jene des Verteidigers oder Verurteilten aber untersagt ist (Art. 377). Dieser Praxis entsprach das Vorgehen in Ungarn, als sich das Regime zwei volle Jahre nach dem Aufstand von 1956 stark genug fühlte, rücksichtslos gegen die Freiheitskämpfer vorzugehen. Junge Menschen, die zwei Jahre zuvor zu einigen Jahren Gefängnis verurteilt worden waren, erhielten 1958 ohne jegliche Vorwarnung plötzlich einen Zettel in ihre Zelle, der ihnen die bereits abgeschlossene Revision und das Todesurteil bekanntgab. Eine Stunde später führte man sie zur Hinrichtung.

(Solche Fälle mögen im Westen den Eindruck hervorgerufen haben, dass mit der Ausführung eines Todesurteils zugewartet werde, bis der Verurteilte ein bestimmtes Alter erreicht habe.)

Die zweite Möglichkeit, die Wiederaufnahme des Prozesses, kann in der Sowjetunion vom Verurteilten angestrebt werden — aber sein Gesuch geht an den Staatsanwalt, der ein Ermittlungsverfahren über die angeführten Umstände anordnen oder ablehnen kann. Entscheidet in Appellationsinstanz der vorgesetzte Staatsanwalt gegen die Wiederaufnahme, so sind sowohl der Verurteilte als auch das Gericht machtlos (Art. 386).

Sonderverfahren verschwiegen

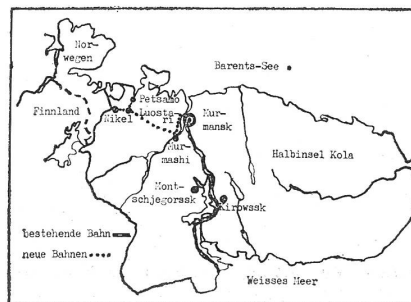
Die neue StPO weist eine auffällige Lücke auf: Ueber Sonderverfahren, die bei politischen Prozessen eine Hauptrolle spielen, schweigt sie sich aus. Eine Art der Sonderverfahren, über deren Anwendung jetzt nichts mitgeteilt wird, sei nach den bis zum November gültigen Paragraphen zitiert:

«Art. 466: Ermittlungsverfahren wegen terroristischer Organisation und terroristischer Akte gegen Sowjetfunktionäre müssen innerhalb von zehn Tagen abgeschlossen werden. Art. 467: Die Anklageschrift wird dem Angeklagten 24 Stunden vor der gerichtlichen Verhandlung ausgehändigt. Art. 468: Die Verhandlungen werden in Abwesenheit der Parteien geführt. Art. 469: Kassationsbeschwerden und Gnaden-gesuche werden nicht zugelassen. Art. 470: Das auf das höchste Strafmass (Erschies-sung) lautende Urteil wird unverzüglich vollstreckt.»

Technik

Sowjetunion Neue strategische Eisenbahnlinie

Eine neue Eisenbahnlinie haben die Sowjets von Murmansk bis dicht an die norwegische Grenze eröffnet. Mit dieser 176 Kilometer langen Strecke werden nicht nur



neue Gebiete dem Verkehr erschlossen; vielmehr ist diese neue Eisenbahnlinie von strategisch grosser Bedeutung. Viele Anzeichen deuten darauf hin, dass dieses Gebiet wie überhaupt die gesamte Halbinsel Kola zu einem der bedeutendsten russischen Raketen- und Flugplatzzentren ausgebaut wird. Nach Ansicht militärischer Beobachter haben die Machthaber im Kreml den strategischen Ausbau dieses Gebietes befohlen, weil die Amerikaner mit ihren mit Polaris-Raketen bestückten U-Booten einen erheblichen Vorsprung erreicht haben.

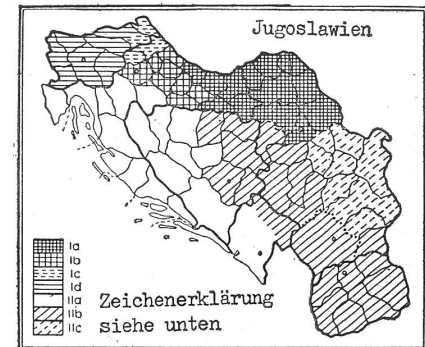
Der Ausbau der neuen Eisenbahnlinie wurde in Tag- und Nachtschichten vorangetrieben. 340 kleinere und grössere Brücken mussten gebaut und über sieben Millionen Tonnen Geröll, Schotter und Sand für den Bahndamm aufgeschüttet werden. Die Bahnlinie verläuft von Murmansk, wo sie mit der Murmansk-Bahn verknüpft wurde, zunächst am Ostufer des Fjords entlang nach Murmashi. Von dort führt sie über eine Brücke zur westlichen Fjordküste und erreicht Luostari, das zu einem wichtigen Knotenpunkt ausgebaut wurde.

Von Luostari zweigt eine Bahnlinie nach dem alten finnischen Eismeerhafen Petsamo ab, der heute den russischen Namen Petjonga trägt; die andere Strecke führt zu der Stadt Nikel bis dicht an die norwegische Grenze. Die Arbeiten an dieser Bahnlinie stiessen auf ausserordentliche Schwierigkeiten, weil die Bautrupps ein wildes arktisches Gelände überwinden mussten.

Unsere Karte veranschaulicht die neue Situation, die durch den Bahnbau auf der Halbinsel Kola entsteht.

Die technische Ausrüstung der jugoslawischen Landwirtschaft

Die schematische Einteilung unserer Karte veranschaulicht den Anteil der Zugkräfte in der jugoslawischen Landwirtschaft nach «Jugoslovenski pregled» (November 1960).



Sie gestaltet sich laut Zeichenerklärung wie folgt: Ia = Pferde und Maschinen, Ib = Pferde und Ochsen, Ic = Kühe und Pferde, Id = Ochsen und Pferde, Ila = Pferde und Ochsen, Iib = Ochsen und Kühe, Iic = Kühe und Ochsen.

Die Zahl der Traktoren betrug 1960 31 700, Lastwagen 1500, Pflüge für Zugtiere 9551, Pflüge für Traktoren 22 931, Sämaschinen für Zugtiere 5000, Sämaschinen für Traktoren 5743, Mährescher 42 289.

Woran die Belgrader «Borba» kürzlich erinnerte: Die führenden Männer der «Kubanischen Sozialistischen Volkspartei» (Kommunisten) gehörten jahrelang der Batista-Regierung an. Es handelt sich um Juan Marinello, gegenwärtig Präsident der KP und Carlos Raphael Rodriguez, gegenwärtig Direktor des Parteiorgans «Hoy».

Landwirtschaft

China

Naturkatastrophen ja, aber

Zu einer scharfen Kritik an der Parteiführung hat die Hungersnot in China geführt. Während parteioffizielle Kreise dieselbe mit «Naturkatastrophen» allein zu erklären trachten, gibt es Staatsfunktionäre, die kein Hehl daraus machen, dass dem nicht so ist, sondern dass die Misere einer völlig verfehlten Planung zuzuschreiben ist. So sind in Tokio Protokolle einer Sitzung des Provinzialparlaments der südchinesischen Provinz Kwantung bekanntgeworden, aus denen hervorgeht, dass zwar auch die Naturkatastrophen eine gewisse Rolle spielen, Provinzgouverneur Tschen tadelte an der besagten Sitzung aber auch den «übereilten Aufbau der Kommunen», den Abzug von zwei Millionen Landarbeitern in die Industrie, mangelhafte Ausbildung der landwirtschaftlichen Kader, schlechte Planung sowie den Mangel besonders an einfachen Kleingeräten. Tschen führte aus, man könne nicht an der Tatsache vorbeisehen, dass Hacken, Schaufeln, Rechen und Aexte die wichtigsten Werkzeuge in der Landwirtschaft seien. In der Provinz hätten jedoch im letzten Quartal 1960 nur insgesamt 2500 Tonnen Stahl zur Produktion landwirtschaftlicher Geräte zur Verfügung gestanden. «In manchen Gebieten

wurden Pläne ohne Rücksicht auf die konkreten örtlichen Gegebenheiten durchgesetzt. Diese Pläne waren auf Grossraumbasis entworfen und eine scharfe und unelastische Plankontrolle sorgte dafür, dass das Gegenteil von dem erreicht wurde, was erreicht werden sollte», sagte Tschchen und machte demgegenüber Vorschläge, die insofern revolutionär sind, als sie wichtige Bestandteile einer «kapitalistischen» Wirtschaft enthalten, so z.B. die Wiederherstellung des Eigentums in bestimmten Formen zur Förderung des Interesses an der Arbeit, Prämien für gute Arbeit und die Veranstaltung von Landwirtschaftsmessen, um den Gütertausch abseits von den staatlichen Planstrassen zu fördern. «Die Einführung eines gewissen Besitzes und Eigentums auf der Ebene der Produktionsbrigaden fördert die Ausnutzung der Arbeitskraft.»

Bildung

UdSSR Auf dem Weg zur Einheitssprache

Eines der kompliziertesten Probleme der sowjetischen Innenpolitik ist das Nationalitätenproblem und namentlich die Sprachenpolitik. Die Entwicklung dieser Politik ist auf den ersten Blick recht verworren und widerspruchsvoll. Auf der einen Seite befürwortet die Kommunistische Partei den Internationalismus der Sowjetbürger, auf der anderen Seite fördert sie aber die nationalen Kulturen der einzelnen Sowjetvölker.

Es ist eine Tatsache, dass in den Jahren der Sowjetregierung viele Völker (über 40), die früher keine eigene Schrift hatten, eine solche Schrift erhalten haben. In der Sowjetunion wird in 119 Sprachen gelesen und geschrieben. Tatsächlich haben alle Völker der Sowjetunion eine Presse in ihrer Muttersprache.

Es ist aber auch bekannt, dass eines der Endziele des Kommunismus — die Auflösung der Nationen und ihrer spezifischen Kulturen ist, an deren Stelle die einheitliche «sozialistische Kultur» treten soll. Diese Ungereimtheit enthält aber bei der näheren Betrachtung keinen Widerspruch. Die Nationalitäten- und Sprachenpolitik der Sowjetunion besteht aus zwei Phasen. In der ersten Phase fördert die Partei die Entwicklung der nationalen Kulturen, um mit ihrer Hilfe, mit Hilfe der für das betreffende Volk verständlicheren Sprache die Umerziehung zum kommunistischen Denken zu vollziehen. Erst in der zweiten Phase sollen die nationalen Sprachen und Kulturen aufgehoben werden und durch die Einheitskultur und Einheitssprache ersetzt werden.

Der seit den ersten Tagen der Sowjetregierung auf dem Gebiete des Nationalitätenproblems tätige Stalin sagte dazu: «Die Dialektik des leninschen Standpunktes über die nationale Kultur besteht im Aufblühen der nationalen (der Form nach) und der sozialistischen (dem Inhalt nach) Kultur im Zeitpunkt der Diktatur des Proletariats in einem Land und in ihrem Zusammenschluss in einer gemeinsamen sozialistischen (der Form und dem Inhalt nach) Kultur, wenn das Proletariat in der ganzen Welt siegt.»

Jahrelang folgte die Kommunistische Partei diesem Rezept im Rahmen der ersten

Phase. Gewisse Erscheinungen in den letzten Jahren deuten aber darauf hin, dass ein Uebergang zu zweiten Phase der Nationalitätenpolitik begonnen hat. Am 21. Parteitag wurde betont, dass «infolge der grossen Beliebtheit und Verbreitung der russischen Sprache, sie ein Mittel zur Festigung der Beziehungen unter den Völkern der UdSSR bildet.» Im Rahmen der neuen Schulreform wurde empfohlen, in den Schulen aller Republiken die russische Sprache gründlicher zu erlernen.

Schon 1956 betrug die Zahl der Schüler der russischen Mittelschulen 65 Prozent und der nichtrussischen Mittelschulen 35 Prozent, während das Bevölkerungsverhältnis 55 Prozent Russen und 45 Prozent Nichtrussen ist. Das bedeutet, dass ein grosser Teil der nichtrussischen Jugend die russischen Schulen besucht. Kennzeichnend ist auch die Situation im Verlagswesen und in der Presse. Seit 1950 hat die Zahl der russischen Zeitungen von 77 Prozent auf 83 Prozent zugenommen, während die Zahl der nichtrussischen Zeitungen von 23 Prozent auf 17 Prozent abgenommen hat. In der gleichen Richtung geht die Entwicklung bei den Bücherausgaben. Der Anteil der russischen Bücher hat seit 1950 von 82 Prozent auf 87 Prozent zugenommen. Dabei sind zirka die Hälfte der nichtrussischen Bücher Übersetzungen aus dem Russischen.

Die sich abzeichnende Tendenz zur Unifizierung der Sprache in der Sowjetunion darf auf keinen Fall durch die angeblichen grossrussischen Aspirationen erklärt werden. Ein ernsthaftes Studium der politischen Verhältnisse erlaubt niemals die Schlussfolgerung, dass die grossrussische Bevölkerung im politischen Leben eine führende Rolle spielt oder anstrebt. Alle diesbezüglichen Spekulationen und zweifelhaften historischen Vergleiche beruhen

«Weg des geringsten Widerstandes»

1958 war der sowjetische Stalinpreisträger und Schriftsteller Alexander Tscheischwili mit einer Reisegesellschaft nach Ostberlin gekommen und von dort nach dem Westen geflohen. Da er nach eigenen Angaben in der UdSSR nicht politisch verfolgt worden war, hatte die westdeutsche Behörde seine Asylanträge wiederholt abgelehnt. Nun will der in Frankfurt lebende Schriftsteller zehn seiner früher geschriebenen Werke «umschreiben», indem er alle den Kommunismus verherrlichenden Stellen ausmerzen und dafür antisowjetische Schilderungen einflechten will. Einen Verleger hat er bereits gefunden. Die westdeutschen Flüchtlingsbehörden stellen Tscheischwili das Zeugnis aus, er sei ein Kommunist und Opportunist, der sein ganzes Leben lang den Weg des geringsten Widerstandes gegangen sei... Weil er nun aber bei einer eventuellen Rückkehr in die UdSSR «massive Verfolgungen» zu befürchten hätte, haben ihn die westdeutschen Behörden als Flüchtling mit Asylrecht dennoch anerkannt...

Die Sowjetunion wird in Kambodscha eine höhere technische Schule für tausend Studenten erbauen. Prinz Sihanouk hat Chruschtschews persönliches Angebot bereits angenommen.

auf der Unkenntnis der wirklichen Sachlage.

In der Sprachenpolitik, wie in der gesamten Politik verfolgt die Kommunistische Partei gemäss ihren Grundsätzen keine nationalen, sondern ihre internationalen Interessen. Dass dabei Russisch zur Einheitssprache bestimmt wurde, ist angesichts des grossen Anteils dieser Sprache in der Sprachenvielfalt der Sowjetunion verständlich.

Es gärt auch in der Kolonie Angola

Politische Zugehörigkeit: Portugiesische Ueberseeprovinz, durch drei Abgeordnete in der Nationalversammlung vertreten — Portugiesischer Generalgouverneur als Repräsentant der Staatsgewalt — Verwaltungsgliederung in vier Teilprovinzen und das Stadtgebiet von Luanda («Concelho» de Luanda).

Hauptstadt: Sao Paulo de Luanda, 190 000 Einwohner, darunter zirka 10 000 Weisse.

Weitere wichtige Städte: Nova Lisboa (Neu-Lissabon) 37 000 Einwohner, Lobito 32 000 Einwohner, San Felipe de Benguela 15 000 Einwohner, Mossamedes 7000 Einwohner.

Bevölkerung: Im Süden Reste von Buschmanngruppen und Zwergvölkern, in der Hauptsache jedoch Bantu-Stämme. An der Küste und in grösseren Siedlungen Mulatten. Rund 110 000 Weisse, darunter 80 000 Portugiesen, im Hochland deutsche und bürische Pflanzler. Als «zivilisiert» gelten neben den Weissen etwa 50 000 Neger und 30 000 Mulatten.

Amtssprache: Portugiesisch.

Religion: Etwa 1 300 000 Katholiken, im übrigen Angehörige von Naturreligionen.

Fläche: 1 246 700 Quadratkilometer.

Einwohner: 4 440 000 (1959).

Mittlere Bevölkerungsdichte: 3,5 Einwohner je Quadratkilometer.

Wichtige Ausfuhrsgüter: Diamanten, Sisal und Kaffee, Mais, Palmöl und -kerne.

Zu Angola gehört auch die nördlich der Kongo-Mündung gelegene Exklave Cabinda mit 7270 Quadratkilometer und 51 000 Einwohner.

Im Frühsommer 1960 ereigneten sich erstmals Unruhen, die Truppenverstärkungen nötig machten. In jüngster Zeit ist Angola im Zusammenhang mit der Affäre «Santa Maria» in den Vordergrund des Interesses gerückt.



Wirtschaft in Ost und West

Bevölkerung, Produktion und Aussenhandel der Hauptwirtschaftsgebiete Europas und der USA im Jahr 1958

	Einheiten	Ost-Europa 1	Sowjetunion	Länder des Gemeinsamen Marktes	Efta-Länder und andere	USA
Bevölkerung	Millionen	95,1	207,1	165,4	126,4	174,1
Produktion						
Rohstahl	Millionen t	17,0	54,9	58,0	25,2	77,3 ²
Kohle	Millionen t	236,1	425	278,8	229,1	381,8
Rohöl	Millionen t	12,7	113,0	8,9	3,2	330,8
Elektrische Energie	Millionen MWh	94,1	233,0	226,8	195,1	723,4
Motorfahrzeuge	Tausend Stk.	149	511	3 015	1 434	5 116
Schwefelsäure (H ₂ SO ₄)	Millionen t	2,0	4,1	8,5	3,7	14,3
Baumwollgewebe ³	Tausend t	214	680	757	353	1 153
Lederschuhe	Millionen Paar	134,4	356	240 ³	160 ⁶	529 ³
5 Hauptgetreidesorten ⁵	Millionen t	42,1	124,0	47,6	35,6	149,2
Aussenhandel						
Exporte	Millionen	5942	8700	22 715	16 736	17 724
Importe	Dollar	5666		22 920	29 391	12 855

Quelle: «Uno-Wirtschaftsbulletin» für Europa 1959: 1 ohne Albanien; 2 1957: 102 Millionen Tonnen; 3 1957; 4 plus kleinere Mengen anderer Schuhe; 5 1957–1958 Durchschnitt.

Das rasche Anwachsen der wirtschaftlichen Macht der Ostblockstaaten bedeutet heute eine starke Konkurrenz für die USA und die westeuropäischen Länder. Im Jahre 1958 haben diese Staaten mehr Kohle gefördert, und mehr Getreide geerntet als die Länder Westeuropas oder die USA. Die Erzeugung der Ostblockländer von Rohstahl und elektrischer Energie hinkt nicht wesentlich hinter der Produktion der westeuropäischen Länder auf diesen Gebieten nach. Bereits 1958 haben die Ostblockstaaten beinahe halb so viel Rohöl gefördert wie die Vereinigten Staaten. In der Herstellung von Motorfahrzeugen sind die Länder Westeuropas und die USA den Ostblockländern jedoch weit überlegen.

Wirtschaft

Bulgarien

Produktionssteigerung

Eine allgemeine Produktionssteigerung gegenüber dem Vorjahr meldet Sofia, wobei aber sehr aufschlussreich ist, dass die wenigen rückläufigen Zahlen durchwegs Konsumgüter und grossenteils Nahrungsmittel betreffen. Die Mehlerzeugung sank im abgelaufenen Jahr auf 87 Prozent der Ergebnisse von 1959, Obstkonserven, verschiedene Pflanzenprodukte, Weizen und Wein blieben ebenfalls unter den Mengen des Vergleichsjahres.

Die Förderung von Bodenschätzen und die Herstellung von Schwerindustrieprodukten weisen dagegen, wie aus der Zusammenstellung von «Otetschestven Front» vom 28. Januar hervorgeht, zum Teil beträchtliche Mehrerträge auf. Den prozentual mit Abstand grössten Erfolg verzeichnete mit 186 Prozent vom Vorjahresresultat die Zinkproduktion.

Der im Vergleich zu 1959 um 16 Prozent erhöhte Aussenhandelsplan wurde zu 103 Prozent erfüllt.

Im Berichtsjahr erhielten 62 Ortschaften eine neue Wasserzufuhr, die städtischen Kanalisationsnetze wurden um 116 km erweitert, und 212 Dörfer wurden elektrifiziert. Die gewollte Förderung des Tourismus zeigt sich darin, dass 19 Hotels mit 1120 Betten in Betrieb genommen wurden.

Der in Zagreb in deutscher Sprache erscheinende «Jugoslawische Wirtschaftsinformator» behandelt in seiner Nummer vom 15. Januar die Wirtschaftsbeziehungen zur Schweiz und andern deutschsprachigen Ländern: «Bedeutsam ist, dass es bereits Anzeichen gibt, dass bei der Schweiz die Folgen des früher bestehenden Prelevements und sein negativer Einfluss beseitigt werden.»

Ghana

Strenge Sitten

Für oppositionelle Regungen scheint auch die Regierung Nkrumahs in Ghana nicht viel Verständnis übrig zu haben. Das geht aus zwei Anlässen hervor, die aus der jüngsten Zeit datieren. Es muss in Accra Leute gegeben haben, welche «Gerüchte über eine bevorstehende Abwertung des Ghana-Pfundes» verbreitet haben. Für die Verbreitung solcher Gerüchte wird von offizieller Seite mit zehnjähriger Haft gedroht. Mit der gleichen Strafe haben Direktoren und Verwaltungsbeamte von zwei mit englischem Kapital in Ghana operierenden Goldminen zu rechnen, falls sie sich «eigenmächtig» zur Stilllegung der unrentabel gewordenen Grubenbetriebe entschliessen sollten. Zweifellos wird diese deutliche Sprache der Regierung ihre Wirkung im eigenen Lande nicht verfehlen. Dem Kredit Ghanas im Ausland dürfte sie jedoch kaum zugute kommen.

Aussenbeziehungen

Jugoslawien

An welche Adresse?

In Jugoslawien macht sich eine subtile Aenderung im Verhältnis zu kommunistischen Staaten bemerkbar, die als Werbung um den Westen verstanden werden kann. Während Jugoslawien mit den «dogmatischen» kommunistischen Staaten China und Albanien, zu denen sich neuerdings auch die KP Kubas gesellt hat, offen verfeindet ist, bleiben die Beziehungen zu den übrigen Ostblockstaaten schwankend und unbestimmt. Einerseits verfielfältigen sich die Kontakte und Verträge zwischen Bel-

grad und Moskau (Die Verhandlungen zu einem langfristigen Handelsabkommen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion sind allerdings jetzt um drei Wochen auf den 25. Februar verschoben worden.) mit seinen Satelliten, andererseits mehrten sich die Dissonanzen.

Die Belgrader «Borba» vom 31. Januar nahm mit Schärfe Stellung gegen die tschechoslowakischen Behörden, die von einer jugoslawischen Ausstellung in Bratislava (Pressburg) 115 Bücher ausschloss, in der Mehrzahl solche, die marxistische Theorie zum Gegenstand hatten. Einer gleichzeitig in Ljubljana stattfindenden tschechoslowakischen Bücherschau, so hob A. Partonin in seinem Artikel hervor, wurden von jugoslawischer Seite keine Restriktionen auferlegt. Die beiden Veranstaltungen waren auf Grund des bilateralen Vertrages über kulturelle Zusammenarbeit organisiert worden. Die Liste der nicht zugelassenen Bücher waren den jugoslawischen Ausstellern am Vorabend der Eröffnung vom Kulturministerium in Prag zugestellt worden. Ebenfalls in letzter Minute abgesagt wurden eine Pressekonferenz und ein Empfang vor Beginn der Ausstellung, die von der tschechoslowakischen Presse in der Folge vollständig ignoriert wurde. Die Stellungnahme des Regierungsorganes zum Vorfall vom Dezember liess einen Monat auf sich warten und erfolgte in einem Zeitpunkt, als in der jugoslawischen Presse verschiedentlich Angriffe auf die «halbrevisionistischen» Satelliten und die Sowjetunion auftauchten. Zwar hatte sich Belgrad mit der Anprangerung Peking und Tiranas begnügt, die auch für die Verdammung des jugoslawischen Revisionismus im Moskauer Manifest vom November verantwortlich gemacht wurden.

Kuba, dem man bisher noch ein gewisses zögerndes Wohlwollen entgegengebracht hatte, ist nun von der titostischen Presse deutlich in das maoistische Lager verwiesen worden (Indizien weisen darauf hin, dass diese Einteilung nicht nur in bezug auf Castros Verhältnis zu Tito zutrifft; siehe KB, Nr. 4). Allgemein scheint es, dass Jugoslawien mit den verschiedenen Ostblockstaaten zwar seine Wirtschaftsbeziehungen festigt, aber in seiner kritischen Tonart manifesten wird.

Welches sind die Gründe für diese versteifte Ausdrucksweise, die in mancher Hinsicht den Taten (Verträge, Lieferungen, Austausch) widerspricht? Die Distanzierung Titos von den linientreuen kommunistischen Staaten wies schon früher Schwankungen auf, deren relative Tiefpunkte sich meist mit den Perioden deckten, in denen Belgrad besondere westliche Wirtschaftshilfe brauchte. Nun soll die jugoslawische Wirtschafts- und Währungsreform Wirklichkeit werden, die sich ohne Hilfe vom Währungsfonds, der USA und anderer westlicher Staaten nicht durchführen lässt.

Beim Fall der Bücherausstellung in Bratislava handelte es sich allerdings um eine tschechoslowakische Provokation. Aber solche ereignen sich immer wieder in den Satellitenstaaten, die Grund zu haben glauben, die Infiltration des jugoslawischen Revisionismus zu befürchten. Auch hier gibt es Schwankungen, gewiss. Interessant ist nichtsdestoweniger die Reaktion in Belgrad, das sich sonst recht gut daran gewöhnt hat, solche Vorkommnisse gelassen hinzunehmen, solange man sich in materiellen Belangen einig wurde.

ZUR KLÄRUNG DER BEGRIFFE

Was ist Ausbeutung?

In westlicher Auffassung:

Wirtschaftlich versteht man unter Ausbeutung das Gewinnen von Erträgen aus einer Sache; z. B. Ausbeutung von Erz- und Kohlenlagern oder anderen Bodenschätzen.

Im übertragenen Sinne haftet dem Begriff eine negative, unsittliche Bedeutung an, wenn die Ausbeutung in unvernünftigem Ausmass und rücksichtslos erfolgt.

Die menschliche Arbeitskraft ist vor der Ausbeutung durch die soziale Gesetzgebung geschützt, deren etwaige Unzulänglichkeit oder Mängel von den Gewerkschaften als den Interessenvertretungen der Arbeitenden festgestellt, und dann Verbesserungen angeregt werden.

In östlicher Auffassung:

Die östliche Auffassung beruht auf der Behauptung von Karl Marx, dass die Arbeitskraft des Menschen eine Handelsware sei. Daher definieren den Begriff:

a) «Politisches Wörterbuch», Moskau, 1958, zweite Auflage: «Ausbeutung ist die Aneignung der Ergebnisse fremder Arbeit durch die Besitzer der Produktivkräfte. Die Ursache für die Ausbeutung ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln.»

b) Stalin: «Wirtschaftsprobleme des Sozialismus in der UdSSR», Bolschewik, 15. September 1952: «Die wahre Produktion führt nur in dem Falle zum Kapitalismus, wenn Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, wenn die Arbeitskraft als Ware auf den Markt tritt, die der Kapitalist kauft und im Produktionsprozess ausbeuten kann, wenn folglich im Lande das System der Ausbeutung der Lohnarbeiter durch den Kapitalisten besteht.»

c) «Lexikon A—Z in einem Bande», Leipzig, 1955: «Ausbeutung: Aneignung von Arbeitserzeugnissen einer produzierenden Klasse durch eine nichtproduzierende herrschende Klasse; wird ermöglicht durch das Eigentum der herrschenden Klasse an Produktionsmitteln der Gesellschaft.»

Kritik: Die Beseitigung des Privateigentums und der «Kapitalisten», durch die angeblich die Menschen ausgebeutet worden waren, führt zur Entwicklung des kommunistischen Kollektivs, durch das dann allerdings eine tatsächliche Ausbeutung eintritt.

Literatur?

DDR

Auf den Höhen der Kultur

In den Volksdemokratien werden alle Bemühungen unternommen, um die Werktätigen zu Dichtern und Schriftstellern heranzubilden. Das Lösungswort heisst auch in der DDR «der schreibende Arbeiter», dies besonders, nachdem sich die Partei und ihre Kulturpöple verschiedenlich beschwerten mussten, dass die Schriftsteller zu wenig «Gegenwartsprobleme» behandelten. Sie sollten ihre Anregungen auch vermehrt aus den Betrieben selber holen. Als ein nachahmenswertes Beispiel stellte ihnen die Partei Regina Hastedt, eine bis dato unbekannte schriftstellernde Dame aus Chemnitz vor («Deutsche Fragen»,

Jahrgang 7, Heft 1). Einem Parteiauftrag folgend, hatte sich die 37jährige Fabrikantentochter von dem siebenfachen Aktivist und «verdienten Bergmann» Sepp Zach mit dem Leben in einem Oelsnitzer Steinkohlenschacht vertraut machen lassen. Als Gegenleistung war sie dem 56jährigen Träger des Ordens «Banner der Arbeit» bei der von Ulbricht von allen Arbeitern geforderten «Erstürmung der Höhen der Kultur» behilflich gewesen, indem sie ihm klassische Musik vorspielte, Gedichte und Romanabschnitte vorlas und Werke der Malerei erläuterte...

Trotz aller Anstrengungen wird von parteioffizieller Seite beklagt, dass die Jugend zu grosse Abstinenz gegenüber der literarischen ABC-Schützenbewegung übe. Das Durchschnittsalter der schreibenden Arbeiter wurde mit 40 Jahren angegeben. Darüber hinaus zeigte sich in vielen der neugebildeten Zirkel schreibender Arbeiter anfangs die Tendenz zu völlig unpolitischen Themen. Nur wenige schreibbefähigte Kumpeln liessen die Neigung erkennen, ihre eigene Umwelt, das Leben in der Brigade oder in ihrem Betrieb zu gestalten. Sie versuchten sich zuerst mit lyrischen (!) Arbeiten, bei denen sogar «bürgerliche Dekadenz» festgestellt wurde. Um so erfreulicher wirkte denn z. B. ein Gedicht des Genossenschaftsbauern Alfred Pilz aus Mockrehna, das als Marschlied-Text gedacht ist und dessen sechs Strophen u. a. Willy Brandt, Strauss und Adenauer aufs Korn nehmen. Der Beitrag dieses Pilz zur Entwicklung einer neuen deutschen sozialistischen Nationalliteratur nahm sich in der Kulturbelle (!) des «Neuen Deutschland» so aus:

«Und nun ... zu dir ...
du machst uns viel Pläsier ...
Ach, Konrad Adenauer,
für wen liegst du auf Lauer?
Mit Eisen und Atom,
darauf steht schlechter Lohn.
Man beisst dabei ins Gras ...
das Volk versteht kein Spass.»

Aber ob das Volk unter solcher Reimerei vielleicht Literatur und Dichtung versteht?

Transport

UdSSR

Verkehrsprobleme
sehr aktuell

Die Sowjetunion hat ein sehr gut funktionierendes Transportwesen entwickelt, das als Rückgrat der Sowjetmacht dient. Der Eisenbahn-, Wasser-, Luft- und Auto-transport wurde so organisiert, dass er mit einem Minimum an Aufwand Höchstleistungen erzielt. Die meisten westlichen Experten sind sich z. B. darüber einig, dass die UdSSR mehr Nutzen pro Güterwagen erlangen als die übrigen Länder der Welt. Rangier- und Ladezeiten sollen ebenfalls geringer sein als im Westen. Das Geheimnis der gegenwärtig hohen Leistungsfähigkeit des sowjetischen Eisenbahnnetzes liegt im grossen Personalbestand von zirka 3 500 000 Mann begründet. Das Schienennetz der UdSSR weist (1958) eine Gesamtlänge von 122 800 km auf, was zirka einen Drittel derjenigen der USA ausmacht, und bewältigt 1/5mal soviel wie das amerikanische. 3000 Ingenieure befassen sich gegenwärtig mit verschiedenen Eisenbahn-

verkehrsproblemen, was die Entwicklung auf diesem Gebiet noch beschleunigen dürfte. Der Transportverkehr auf den Flüssen und Kanälen wird ebenfalls laufend ausgebaut. So sollen die Binnenwasserwege bis 1965 80 Prozent mehr Tonnen-Kilometer bewältigen, und auch der Küstenschiffsverkehr soll in diesem Zeitraum wesentlich gesteigert werden. Der Bau von Oelleitungen wird, entsprechend der beträchtlich erhöhten Ölproduktion, geradezu forciert.

Der laufende Siebenjahresplan sieht folgende Änderungen in bezug auf den relativen Anteil von Bahn, Schiff usw. im Transportverkehr vor:

	1958	1965
Eisenbahn	81,9 %	72,9 %
Wasser (Fluss-, Kanal- und Küstenverkehr)	12,1 %	14,4 %
Lastwagen	3,9 %	5,3 %
Oelleitungen	2,1 %	7,4 %

Curriculum der Woche

GENNADIJ IWANOWITSCH
WORONOW

Wurde im Zuge der letzten Säuberungen Chruschtschews überraschend als Nachfolger des nach Warschau versetzten Awerkij Aristow, Vizepräsident im KP-Büro für die Russische Föderation (dem Chruschtschew selbst vorsteht) mit gleichzeitiger Ernennung zum stellvertretenden Mitglied des Parteipräsidiums (dem Aristow als Vollmitglied angehörte) ernannt. Seinen ersten Posten in seiner Karriere als Parteifunktionär nahm er mit 40 Jahren 1950 ein, als er Erster Sekretär des Parteikomitees für das Gebiet Tschita wurde, ein Amt, das er bis 1956 innehielt. 1952 wurde er am 19. Parteikongress in das Zentralkomitee der KPdSU gewählt. 1954 Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR, Februar 1956 Bestätigung seiner ZK-Mitgliedschaft (keine Selbstverständlichkeit, da zwischen den beiden Kongressen Stalin starb). 1958 als Nachfolger Poljanskis (dem jetzigen, wegen der Landwirtschaftsrückschläge von Chruschtschew ebenfalls getadelter Ministerpräsident der Russischen Föderation) Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees Orenburg (Tschkalow), einen Posten, den er bis zu seiner jüngsten Ernennung beibehielt. Im gleichen Jahr als Mitglied der Budgetkommission des Unionsrats des Obersten Sowjets der UdSSR. Mehrere Auszeichnungen, darunter Leninorden.

Die Buchbesprechung

Reiner Rohme

«Die Marionetten des Herrn»

Erlebnisbericht aus sowjetischen Gefangenenlagern. (Verlag Eugen Rentsch, Erlenbach-Zürich.)

Der Verfasser, ein deutscher Diplomat, fiel zu Ende des Zweiten Weltkrieges in russische Gefangenschaft. Er berichtet in seinem Buch über die Erlebnisse seiner achtjährigen Haft in sowjetischen Lagern und Gefängnissen. Der Autor hält sich streng an das gesteckte Ziel über seine Erlebnisse zu berichten. Er vermittelt Kritik und Polemik und schildert mit ruhiger Sachlichkeit den Ablauf der Geschehnisse. Gerade durch diese Wahrhaftigkeit wirkt sein Bericht packend und überzeugend und zeigt dem Leser die Konsequenzen des kommunistischen Systems in ihrer ganzen Kälte und Unmenschlichkeit.

Der Schnappschuss

«Der Mangel an Maschineneersatzteilen ist (in Polen) nach allgemeiner Ansicht als Phänomen ein integraler Teil des sozialistischen Aufbaus.» Das schrieb «Zielony Sztandar», Organ der «Polnischen Vereinigten Bauernpartei», die (wie auch die «Demokratische Partei») Führung und Programm der Vereinigten Arbeiterpartei (Kommunisten) offiziell anerkennt.

Der Fez, die orientalische Kopfbedeckung, ist tschechoslowakisches Exportgut nach Afrika. In der CSSR selbst gilt er als Symbol des «mohammedanischen Aberglaubens» und wird seinen Trägern übel genommen.

Chruschtschew beklagt sich über immer empfindlichere Papierknappheit. Er hält gegenwärtig nahezu jeden Tag eine lange Rede, die von sämtlichen sowjetischen Zeitungen vollumfänglich abgedruckt werden muss.

Im allgemeinen weiter zugenommen hat die Industrieproduktion in der DDR im Jahre 1960. Die Zuwachsrate war jedoch in den wichtigsten Bereichen geringer als in den Vorjahren. Die Zunahme der Industrieproduktion wird laut Staatlicher Zentralverwaltung für Statistik in Ostberlin mit 8,3 (Vorjahr 12) Prozent oder 5,5 (8,7) Milliarden DM-Ost angegeben. Schleppender als in den Vorjahren ging es auch auf dem Wohnungsbau. Waren es im Vorjahr 80 000 Neubauwohnungen, so sind es 1960 nur 65 000.

Wer ins «goldene Buch» der landwirtschaftlichen Bestarbeiter eingetragen und eine Ehrenurkunde erhalten will, damit sich auch seine Kinder und Enkel dessen erinnern —, der hat den Siebenjahresplan vorzeitig zu erfüllen. Neben dem moralischen würde aber auch ein materieller Ansporn in Form von Prämien ausgesetzt, so führte Chruschtschew in Rostow am Don aus. Mit dem Bau der ersten sowjetischen Agro-Stadt wird, laut «Prawda», im Bezirk Podolsk unweit Moskaus begonnen.

Trotz der persönlichen Intervention des britischen Premierministers Macmillan kommt die Londoner Konferenz über die künftige Verfassung Nordrhodesiens keinen Schritt weiter. Am Wochenende haben die afrikanischen Führer Macmillan eine Denkschrift überreicht, worin sie ihre Forderungen in bezug auf das allgemeine Stimm- und Wahlrecht, die Beseitigung jeder Rassendiskriminierung und die Auflösung der Föderation bekräftigen.

Eine Million Jugendliche sollen bis 1965 in den tschechoslowakischen Sportorganisationen aufgenommen sein. Gegenwärtig beträgt die Zahl 738 000.

Während eines Aufenthaltes in Sarajewo erklärte der jugoslawische Staatschef Tito vor Studenten u. a.: «Unser Ansehen ist von jenem Moment an stark angestiegen, als Stalin uns angriff und wir an unseren Positionen festhielten. Die Stalinisten wollten uns auf die westliche Seite drängen und uns dann zerschlagen. Der Westen glaubte uns an sich reißen zu können.

Sowohl die einen wie die andern haben sich getäuscht. Der Westen hat diesen Gedanken längst aufgegeben, der Osten aber noch nicht. Sie greifen uns wieder an. Wir halten trotzdem an unseren Positionen fest und werden sie nicht verlassen. («Mladost», 4. Januar 1961.)

Vom Schlachtruf zum Stosseufzer

wurde in der sowjetischen Presse die «Santa Maria». Kaum hatte Galvao das Schiff gekapert, erhielt das Ereignis triumphierende Schlagzeilen, und in den folgenden Tagen waren alle Zeitungen von begeisterten Kommentaren über die «Heldentat gegen die Tyrannei» erfüllt. Je offensichtlicher es aber dann wurde, dass die propagandistische Aktion der portugiesischen Opposition weder mit einem gloriosen Sieg noch mit einem Heldentod enden würde, sondern mit einer Rückkehr zu den prosaischeren Methoden der Alltagspolitik,



desto kleiner wurden die sowjetischen Berichte über das Abenteuer, und als gar die kühnen Piraten in Brasilien gesittet an Land gingen und das Schiff Portugal überliessen, wurde diese Tatsache nur noch mit der kurzen Tassmeldung vermerkt: «Das abgeblasene, illegale Husarenstücklein bedeutet allerdings nicht die Beseitigung der Unzufriedenheit auf der iberischen Halbinsel und in den kolonial verwalteten portugiesischen Territorien.»

Beispiele satirischer Zeichnung und pathetischer Kommentare bot die sowjetische Presse zur Zeit des grossen Abenteuers genug.

«Sarja Wostoka» vom 29. Januar brachte zur Karikatur Salazars vor einem Madonnenbild das nicht allzu fern liegende Wortspiel: Santa Maria, strafe die «Santa Maria».

In der «Prawda Ukraini» widmete Viktor Bjekjetow dem Anlass folgende freie Verse:

«Santa Maria! Heilige Madonna!
Unsere Geduld gleicht einem bodenlosen Kelch.
Was haben wir nicht durchgemacht,
Nicht über uns ergehen lassen,
Wir, Gott und dem Papst so treuergebene Katholiken.
Wir sind am Ende unserer Geduld,
Entweder Freiheit oder Tod!
Santa Maria! Santa Maria!
Das Banner der Revolte ist uns ein mächtiger Flügel,
Die lodernde Flamme verspricht einen Brand.

Die seit mehr als zehn Jahren bestehende Besetzung der nordburmesischen Grenzgebiete durch chinesische Nationalisten ging kürzlich zu Ende. Es war im Jahre 1949, als die 10 000-Mann-Armee General Li Mis die burmesische Grenze überschritt und in dem Gebirgsland zwischen China Burma, Laos und Thailand den Kampf gegen die Kommunisten weiterführte. Burmesische Truppen, die zur Entwaffnung von Li Mis Armee in die Berge geschickt worden waren, wurden mit dem gleichen Eifer bekämpft wie die Kommunisten. Die Armee Lis wurde von Formosa aus mit amerikanischem Kriegsmaterial beliefert. Jahrelang war Rangoon dieser Staat im Staat ein Dorn im Auge. Nach wiederholten Beschwerden der burmesischen Delegation in der Uno, hat Washington Tschiang Kai-schek unter Druck gesetzt, damit er die Versorgung der Partisanen in Burma unterbinde. 1953—1954 wurden General Li und 7000 seiner Partisanen nach Formosa evakuiert.

2000 Mann sind jedoch in den Bergen geblieben. Sie hatten burmesische Mädchen geheiratet und ernährten sich durch den Anbau von Opium, Schnappsbrennen und Ueberfälle auf chinesische Grenzdörfer. Bei den Grenzbesprechungen zwischen China und Burma im letzten Sommer wurde eine geheime Abmachung von grösster Tragweite getroffen: Die Burmesen erklärten sich bereit, mit Hilfe kommunistischer Truppen die Ueberreste der Li-Armee zu bekämpfen. Wichtigste Bedingung des Abkommens war, dass die Truppen beider Länder, zur Verfolgung der chinesischen Nationalisten, bis zu 10 Meilen innerhalb des Grenzgebietes des anderen Staates operieren dürften.

Ende Januar wurden die Partisanen von einer 5000 Mann starken burmesischen Armee und chinesischen Grenztruppen in die Zange genommen. Das nationalistische Hauptquartier von Mongpa-Liao wurde gestürmt, und die Partisanen mussten in die benachbarten Gebiete von Laos und Thailand flüchten. Jetzt sollen sie von der thailändischen Regierung nach Formosa evakuiert werden.

So werden nun dort, wo bisher Nationalchinesen illegal, aber ohne Aggressionsabsichten lebten, rotchinesische Agitatoren und Partisanen für einen neuen Unruheherd sorgen und kaum vor den Grenzen Thailands und Laos haltmachen. Bestimmt werden sie sich auch um die burmesische Souveränität in diesen weltentlegenen Dschungeln Hinterindiens nicht kümmern.

Freiheit den Gefesselten und Tod den Salazars.

«Santa Maria», nicht leicht ist dein Weg. Wenn sich die Mächte der Finsternis vereinen,

Wenn die Kleinmütigen schreien: «Genug», Dann denke daran: es war einmal ein Panzerkreuzer «Potemkin», ein älterer Bruder, ein geistiger Vater von dir. Denk an die Spanier der sechsundreissiger Jahre,

Ist es ihnen nicht hundertmal schlechter gegangen...

Dir aber beleuchten Kuba, Kongo, Algerien und Laos den Weg.

«Santa Maria», an welches Ufer trägst du deinen Kampf?

Wir glauben an die Kraft und den Stolz deines Volkes,

Wir wünschen dir den rechten Kurs.»